



Innen- und Rechtsausschuss
Der Vorsitzende

Kiel, 6. November 2025
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1143
(0431) 988 1152
Innenausschuss@landtag.ltsh.de

Kurzbericht

über die 105. Sitzung des **Innen- und Rechtsausschusses**

am Mittwoch, dem 5. November 2025, 14:00 Uhr
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Beginn: 14:05 Uhr

1. **Bericht der Landesregierung zum Pressebericht über den Sanierungsstau bei den Liegenschaften der Landespolizei und zur Räumung des Gebäudes der Spezialkräfte MEK und SEK im Polizeizentrum Eichhof in Kiel**
Berichtsantrag des Abgeordneten Niclas Dürbrook (SPD)
[Umdruck 20/5169](#)

Finanzministerium und Innenministerium berichten, eine kurze Aussprache folgt. Die Landesregierung sichert zu, dem Ausschuss eine Liste der anstehenden Renovierungserfordernisse bei der Landespolizei (Bedarf, Abstufungen, Zeitplan) zuzuleiten.

2. **Bericht der Landesregierung zur Presseberichterstattung über einen ehemaligen Referatsleiter des Verfassungsschutzes und dessen Versetzung aufgrund des Ergebnisses einer Sicherheitsüberprüfung**
Berichtsantrag des Abgeordneten Niclas Dürbrook (SPD)
[Umdruck 20/5450](#)

Das Innenministerium berichtet, eine Aussprache folgt.

3. **Entwurf eines Gesetzes zur Auflösung des Forstgutsbezirkes Sachsenwald**
Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD
[Drucksache 20/3588](#)
Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD
[Umdruck 20/5341](#)

Der Ausschuss beschließt, die Ämter Schwarzenbek-Land und Hohe Elbgeest zu Gesetzentwurf und Änderungsantrag anzuhören. Er bittet die Landesregierung um eine schriftliche Stellungnahme zu den Ergebnissen der Anhörung. Die Vorlage wird zur zweiten Lesung im November-Plenum angemeldet (Abschluss der Beratung im Ausschuss: Donnerstag, 13. November).

4. **Entwurf eines Gesetzes zur Reform der Fachgerichtsstruktur in Schleswig-Holstein**
Gesetzentwurf der Landesregierung
[Drucksache 20/3410](#)

Der Ausschuss berät zu der Vorlage. Ein Antrag des Abgeordneten Dr. Buchholz, eine mündliche Anhörung durchzuführen, wird mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen abgelehnt. Mit den Stimmen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von SPD und FDP bei Enthaltung des SSW empfiehlt der Ausschuss dem Landtag den Gesetzentwurf der Landesregierung, [Drucksache 20/3410](#), unverändert zur Annahme.

5. **Sozialere Ausgestaltung des Rechts auf Kündigung wegen Eigenbedarfs**
Antrag der Fraktion der SPD
[Drucksache 20/3214](#)

Der Ausschuss berät zu der Vorlage. Ein Antrag des Abgeordneten Dr. Dolgner, eine mündliche Anhörung durchzuführen, wird mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und SSW abgelehnt. Mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen von SPD und SSW empfiehlt der Ausschuss dem Landtag den Antrag der Fraktion der SPD, [Drucksache 20/3214](#), zur Ablehnung.

6. **Zivil- und Katastrophenschutz konsequent stärken**
Antrag der Fraktionen von FDP, SPD und SSW
[Drucksache 20/3303](#) (neu) – 2. Fassung

Erfolgreichen Weg für bedarfsgerechten Zivil- und Katastrophenschutz fortführen
Alternativantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
[Drucksache 20/3345](#)

Der Ausschuss beschließt eine mündliche Anhörung der unterzeichnenden Verbände der Stellungnahme [Umdruck 20/5305](#).

7. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landeskatastrophenschutzgesetzes**
Gesetzentwurf der Fraktion der FDP
[Drucksache 20/3212](#)
Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
[Drucksache 20/3243](#)

Der Ausschuss schließt die Beratung des Gesetzentwurfes ab. Den Änderungsantrag, [Drucksache 20/3243](#), sowie den so geänderten Gesetzentwurf der Fraktion der FDP, [Drucksache 20/3212](#), empfiehlt der Ausschuss dem Landtag jeweils einstimmig zur Annahme.

8. a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW

[Drucksache 20/3684](#)

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 20/3706](#)

b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP

[Drucksache 20/3690](#)

c) Entwurf eines Gesetzes zur Zulassung von Verfassungsbeschwerden

Gesetzentwurf der Fraktion des SSW

[Drucksache 20/71](#)

Der Ausschuss beschließt die Durchführung einer schriftlichen Anhörung. Bei Benennung ist kenntlich zu machen, auf welche Teile (Artikel) der vorliegenden Gesetzentwürfe sich die Benennung bezieht. Anzuhörende sind bis 19. November zu benennen; die Stellungnahmen sollen bis Ende Januar 2026 vorliegen.

9. Kriminalpräventive Initiative zur Bekämpfung der Messerkriminalität

Antrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[Drucksache 20/3464](#)

Maßnahmen zur Bekämpfung der Messerkriminalität so schnell wie möglich voll ausschöpfen

Alternativantrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 20/3717](#)

Der Ausschuss beschließt, die Anträge mit Innenministerium und Landesdemokratiezentrums zu beraten. Die Landesregierung wird gebeten, die entsprechende Sonderauswertung der Polizeilichen Kriminalstatistik so bald wie möglich bereits vorzunehmen und dem Ausschuss vorzulegen.

10. Graue Emissionen verhindern – Anpassung der Bau- und Wohnungspolitik an neue Erkenntnisse

Antrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[Drucksache 20/3217](#)

Der Ausschuss führt ein Fachgespräch durch.

- 11. Kommunale Verfassungsbeschwerde gemäß Artikel 51 Absatz 2 Nummer 4 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein (LVerfG 2/25)**
Schreiben der Landtagspräsidentin
[Umdruck 20/5411](#)

Einstimmig beschließt der Ausschuss, dem Landtag zu empfehlen, in dem Verfahren keine Stellungnahme abzugeben.

12. Information/Kenntnisnahme

[Umdruck 20/5403](#): Schreiben der Innenstaatssekretärin zum Bericht der Landesregierung zum ersten Anwendungsfall einer elektronischen Aufenthaltsüberwachung im Kontext häuslicher Gewalt nach Landesverwaltungsgesetz

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

13. Verschiedenes

Der Ausschuss kommt überein, in der kommenden Woche im Anschluss an die Beratung des Haushalts des Innenministeriums am Donnerstag, 13. November, eine Sitzung durchzuführen; am Mittwoch, 12. November 2025 findet hingegen keine Sitzung statt.

Schluss: 16:50 Uhr

gez. Dr. Sebastian Galka